

Maahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Maahnruf“ erscheint vierzehntägig. Redaktion und Verwaltung: Graz, Finkengasse 3. Wiener Redaktion: Hans Thoma, 2. Bez., Moosargasse 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr abends, Gallhans Waib, 9. Bez., Währinger Gürtel 12. Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Jänner 1930

Nr. 16

2. Jahrgang

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S. 90. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 80. Die Bezugspreise sind im vorhinem zu entrichten. Postsparkassenkonto-Nummer 69.371

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Die chronische Krise von der die österreichische Wirtschaft heimgesucht wird, seitdem sie mit Hilfe der Sozialdemokratie zu Ruh und Frommen des Kapitals wieder „aufgebaut“ wurde, ist wieder einmal in ein akutes Stadium eingetreten.

Von 1.220.000 in Industrie, Handel und Gewerbe tätigen Arbeitern und Angestellten, waren laut Zählung am 15. Jänner 350.000 arbeitslos.

Bedenkt man, daß nicht alle Arbeitslosen von 2.1. Stattlich ersorgt werden, berechnet man, daß durchschnittlich jeder Arbeitslose noch für Familienangehörige zu sorgen hat, so kommt man zu dem Schluß:

Wenig mehr als ein Drittel der österreichischen Arbeitererschaft wird von der Arbeitslosigkeit betroffen.

In der ersten Jännerhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um 28.100 gestiegen. Ganze Industrien stehen still. Ganze Gemeinden gibt es in Österreich die nur von Arbeitslosen bevölkert sind.

2000 Arbeitslose täglich

werden auf die Straße geworfen.

38.000 Ausgestoßene stehen vor dem blanken Nichts. Keiner kann von dem Bettel der Unterstützung leben.

Falsche Propheten.

Im Jänner 1928 stellte Otto Bauer fest: „Die kapitalistische Weltwirtschaft hat die durch den Weltkrieg hervorgerufene Erschütterung überwunden. Sie hat sich auf der neuen aus dem Weltkrieg herausgegangenen Basis stabilisiert.“ Daran knüpfte er die Aussicht eines „pazifistischen“ Zeitabschnittes des Kapitalismus in der sozialdemokratische Minister den Stollen des Volkstribunes verhängen und den Arbeitern mit Reden vom köpfigen Tisch der Nationalisierungsgewinner die Stabilisierung erträglich gestalten werden.

Die Wirklichkeit widerlegt grandios die beruhigenden Schmalzeilen der sozialdemokratischen Sozialisten.

Die gegenwärtige Krise in Österreich ist mehr als die Folge der Kleinrentenstreben, wie die Sozialdemokratie den Arbeitern weis machen will.

Sie ist auch mehr als ein Ausdruck der Lebensunfähigkeit dieses österreichischen Staates. Sie ist ein Ausdruck der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems.

Alle Versuche aber die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergebenden Widersprüche zu überwinden, führen notwendig zu deren Verschärfung.

So führt die Konzentration des Kapitals, die Zusammenballung riesiger Kapitalien in den Händen Weniger, die fortschreitende Verelendung und Kartellierung, nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt zur Verschärfung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes.

So verschärft die Nationalisierung, die die Erziehbildung der Arbeit mörderisch zerstört, nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt den Widerspruch zwischen Produktion und Absatzmöglichkeiten.

Mißlos verwickelt an das „reiche Amerika“, wirtschaftlich verelendet, geographisch balkanisiert, ist der Kapitalismus Europas seit Kriegsende von einer Krise in die andere getaumelt.

In Deutschland ist in der letzten Zeit die Zahl der Arbeitslosen auf 175 Millionen gestiegen. In England

sinkt seit Jahren der Stand der Arbeitslosen nicht unter eine Million und hat in den letzten Monaten 1,5 Millionen erreicht. In selbst in Amerika mit seinem riesigen Absatzmarkt gibt es heute 3 Millionen Arbeitslose.

Österreich aber, dessen Industrie vorwiegend auf den Absatz im Ausland angewiesen ist, bekommt jede Absatzkondung auf dem Weltmarkt mit erschütternder Wucht zu spüren.

Gauler Zrost.

Lauf einer Pressenmeldung sagte Snowden, der große sozialdemokratische Staatsmann:

„Ich schätze Herrn Schobers staatsmännliche Fähigkeiten sehr hoch und kann dem ganzen Lande, an dessen Spitze er steht, nur gratulieren. Er hat eine besonders wertvolle Gabe, die ihm im Haag ausgezeichnet zu fließen kam: das ist sein guter und frischer Humor, der ihn auch in den schwierigsten Situationen nicht verließ.“

Daß es dem Kollegen Schobers, dank seinem guten Humor gelingen möge, im Haag eine ausgiebige Anleihe zu erheben, die es der österreichischen Wirtschaft ermöglichen würde, wieder auf die Beine zu kommen, dies war bekanntlich „die große Hoffnung“ durch die die sozialdemokratischen „Staatsmänner“ die österreichische Arbeitererschaft in den letzten Monaten bei Humor zu erhalten suchten.

Heute muß die „A. Z.“ zugeben, daß alle „Erfolge“ Schobers, der Arbeiterchaft einen Pfifferling nützen.

In ihrer wirtschaftlichen Wochenschau vom 28. Jänner schreibt die „Arbeiterzeitung“:

„Die Aussichten daß Österreich nun, wo keine finanzielle Sanktionsfreiheit, wenigstens was die Reparationen anlangt, wieder hergestellt ist, sofort die Investitionsanleihe erhalten könnte, sind wohl kaum allzu groß... Ohne pessimistisch zu sein, darf man vor dem Sommer wohl kaum die Anleihe erwarten.“ Geht im Fall, daß wie aus einer „A. Z.“ in einer Nebenbemerkung, die österreichische Republik in dieser Zeit „Beweis“ erbringt, daß sie „innerlich gesittet“ ist! Die Möglichkeiten eines Vorstoßes auf eine Anleihe durch Herrn Morgan erörternd führt die „A. Z.“ fort: „Daraus wäre ein Vorstoß nur dann pünktlich, wenn man vorher wenigstens die wesentlichen Bedingungen der Anleihe überseht. Hier ist gar keine Verzicht auf Waise.“

Wer weiß wie des amerikanischen Trullkaptal mit der deutschen Reichsregierung umsprang, kann sich unüberwindlich vorstellen, wie die von der „A. Z.“ anempfohlene „Vorstoß“ Herr Morgan imponieren wird, und wie heuer die gesamte österreichische Arbeiterklasse, für den „Vorstoß“, der allerdings ein paar Tausenden Arbeit verschaffen würde zahlen müßte.

Rezepte der Unternehmer.

„Die österreichische Industrie ist nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt! Sie kann mit den Großfirmen der übrigen Länder, in denen dank der viel weicher fortgeführten Nationalisierung die Produktionskosten niedriger sind, nicht Schritt halten! Wir müssen härter rationalisieren!“ Es predigen führende und sozialdemokratische Volkswirtschaftler seit Jahr und Tag, und die große Forderung, die von allen Parteien, ganz besonders von der S. P. vertreten wird, ist die Nationalisierungsanleihe, die der Wirtschaft neues Blut zuführen soll, damit die Nationalisierung, die Vertriebszusammenlegung, Forderrung, Zuspitzung, Intensivierung usw. usw. reicher und erfolgreicher betrieben werden könne.

Zunächst sei festgestellt: Österreich hat in den letzten drei Jahren in einem wahren Sehtempo rationalisiert.

Und eben diese „erfolgreiche“ Rationalisierung ist eine der wesentlichen Ursachen der furchtbaren Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Nur der „Kosmos“, der Arbeitslosen, so stelle Sieber auf dem letzten Gewerkschaftskongress fest, sind etwa 50 Prozent durch die Nationalisierung aus dem Produktionsprozess verdrängt worden.

Im ersten Halbjahr 1929 wurden 5000 „arbeitsparende“ Maschinen neu eingestellt.

30.000 Arbeiter, so die sehr vorläufige Schätzung der „Neuen Freien Presse“ wurden allein im letzten Jahr durch die Nationalisierung überflüssig.

Im Braunkohlenbergbau förderten 1928 etwa die Hälfte der Arbeiter dreimal so viel Kohle als 1922.

In einzelnen Betrieben der Papierindustrie liegt von 1926 bis 1928 die Erzeugung um 3 Prozent, aber die Zahl der beschäftigten Arbeiter verminderte sich um 75 Prozent.

In einer Metallwarenfabrik liegt nach der Nationalisierung der Erzeugung um 94 Prozent, während die Arbeiterzahl um 76 Prozent sank.

Man kann sich aus diesen Beispielen ein Bild davon machen, wie die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird, wenn der Plan, die Nationalisierung noch „fortschritt“ durchzuführen, gelingt!!

Die Nationalisierung ist nicht das einzige „Mittel“, das die Unternehmer zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ vorzulegen. Sie verfügen noch über andere damit allerdings im engsten Zusammenhang stehende Rezepte.

Das „Wiener Tagblatt“ schreibt am 22. Jänner:

„Am liebsten könnten neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden, wenn die heute noch Beschäftigten ihren zur Abwehr der drohenden Gefahr ihres eigenen Lebens zugehörigen Kampf in der Lohnfrage machen und vor allem es unterlassen würden, jede Gelegenheit zu Mehrforderungen zu benützen.“

Es fehlt nur noch, daß die Kapitalisten den Arbeitern vorschlagen, ganz unisono zu arbeiten, damit sie in der Lage sind, ihnen die Wohlart zu erweisen, sie zu beschäftigen!

Einen besonderen Plan, die „Arbeiter“ zu mildern, hat der Landbund entworfen: Die Wartezeit der Arbeitslosen soll verlängert werden. (Heute bereits gibt es Wagnern, wo die Arbeiter 4 bis 6 Wochen auf die Auszahlung der Unterstützung warten müssen.) Die Saisonarbeiterfrage soll neu geregelt werden, was so viel heißt, als daß Saisonarbeiter häufiger während der Zeit der Beschäftigungslosigkeit von ihren Erparnissen leben sollen. Die Bezugsverordnung der Jugendlichen soll neu geregelt werden, doch heißt es letzten noch mehr erbauliche Reden und Mädelis zu raten: Die Wahl sollte werden... Zu anderen Verbrechen der Produktion.

Die Sozialdemokratie leicht es so darzustellen, als es die Kapitalisten aus purer Wohlwärtigkeit denartige Vorschläge machen.

Das ist eine große Ironie, denn die Arbeiter, die Unternehmer handeln durchaus einverstanden über Unternehmen

vernunft, vertreten nur blug und gekühdlt ihre Unternehmerrückerehen, wenn sie alles tun, um das Massenflehd auszuwüdhigen, um ihren Profit zu steigern, um die Ausbeutung zu erzdhären.

Statt den Kapitalisten zu predigen „rückwärtsoll“ zu sein, wäre es daher gekühdter, wenn die Sozialdemokratie sich an der Rückwärtsolligkeit des Klassenfeindes ein Beispiel nehme.

Des tut sie aber nicht, Ganz im Gegenteil.

Die bescheidenen Wünsche der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben am 27. Dezember 1929 dem Bundeskanzler eine Denkschrift überreicht, in der sie die Erfüllung von sieben Forderungen verlangen, die ihrer Ansicht gekühdnet sind, die Arbeitslosigkeit „einzudämmen“. Ein „Theoretiker“ der österreichischen Gewerkschaften, Samnah, bezeichnet in „Arbeit und Wirtschaft“ diese Vorkühdge als ganz bescheidene Maßnahmen und knüpft an diese Forderung die Betrachtung, daß kein billiger Denker werden behaupten können, daß die Gewerkschaften Maßloses, Un-durchführbares verlangen. Die besonnene und vorfichtig ab-wägende Denkungsart der verantwortlichen Männer der or-ganißierten Arbeit ist zu bekunnt, als das dies einer Begrü-ndung bedürfte.

Der gute Mann hat vollkommen recht. Nur ist not-wendig, dieser treffenden Bemerkung noch folgendes hinzuzufügen:

Eben dank der rückwärtsollen Bescheidenheit der „Ge-werkschaftsführer“ ist ihr Programm, für das sie mit großem Wanktum heute in der Presse und in Massenerkammungen Reklame machen, einen Pappenspieß wert. Selbst dann nicht, wenn es erfüllt würde, was nicht gekühdet. Oder glaubt man etwa, daß wenn wir nehmen den günstigsten Fall an dann der Ausgestaltung der produktiven Arbeitslosenfürsorge und durch Umschiffungen hündig ein paar Tausend, statt ein paar hundert Arbeiter nun eine Beschäftigung finden, irgend etwas Kennen-swerteres gegen die Arbeitslosigkeit getan würde?

Man lesche sich übrigens einige der anderen Maßnahmen gut an und man wird finden: Ihre Spitze richtet sich nicht gegen den Kapitalisten, sondern gegen den Arbeiter selbst. Gewiß, die „Verdrängung“ des gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiters durch den unorganisierten billigeren Land-arbeiter schädigt die ganze Arbeiterkass. Aber dagegen helfen keine Verbote, die nur die Arbeiterkass zur Freude der Kapitalisten hualten sondern nur der gemeinsame Kampf um höhere Löhne.

Unter den paar ganz bescheidenen Maßnahmen ist auch eine, die lautet:

Gramme Wünsche und grobe Tatsachen. Strenge Handhabung des Achtstundentagesgesetzes. Bekräftigung der Überkumben auf einzelne Betriebsabteilungen, des Ein-arbeitens der Überkumben, die lediglich einer erhöhten Er-zeugung dienen.

Ohne Zweifel. Wenn keine Überkumben mehr gemacht werden, wenn der Achtstundentag eingehalten würde, so könnten Tausende, die heute arbeitslos sind, wieder in die Betriebe eingestellkt werden.

Am zwei Dinge scheint es uns angebracht zu sein hier zu erinnern:

Erstens, der Achtstundentag ist mit Zustimmung der Sozialdemokratie schon seit Jahr und Tag in vielen Arbeits-zweigen gekühdnet aufgehoben worden. Wir erinnern an die vier Ausnahmeverordnungen zum Achtstundentag (28. Juli 1920, 2. November 1920, 4. Dezember 1924, 19. März 1927) in denen festgelegt wurde die Zulassung von Über-kumben für Bauarbeiter, Bierbrauer, Glashüttenwärter, Torf-werke, Expedition, Papierindustrie, Ziegeleien, Zuckerindustrie usw. usw.

Um eine „strenge Handhabung des Achtstundentages“ durchzuführen, müssen daher zunächst diese zum Schutze der „Volkswirtschaft“ erlassenen Ausnahmeverordnungen rück-

gängig gemacht werden. Davon aber ist mit keinem Wort die Rede in dem „Minimalprogramm“ der Gewerkschaften.

Weiter aber: Die Arbeiter machen doch nicht zum Ver-gnügen Überkumben, sondern sie machen sie, soweit sie nicht durch die bloße Furdor vor der Entlassung dazu gekühdet werden weil sie mit den Schuldlosen, die ihnen gekühdet werden, nicht existieren können. Wer daher ernsthaft die Be-seitigung des Überkumbenwuwens will, darf sich um die Lohnfrage nicht berühdern, wie es im Programm der Gewerkschaften gekühdet.

Was müssen die Arbeiter fordern?

Aber eines muß sich die Arbeiterkass klar werden. Es gibt nur zwei Wege die Krise zu mildern, die Arbeitslosig-keit einzudämmen. Entweder auf Kosten der Unternehmer- oder auf Kosten der Arbeiterkass.

Das Unternehmertum bestritt lehrkräftig den zweiten Weg, indem es durch Bekräftigung der Rationalisierungsmethode durch Lohnbruch, Überwälzung der Steuerlast von sich auf die Arbeiterkass die Konkurrenzfähigkeit der In-dustrie zu heben suchte dadurch nur neue, schwere Krden vorbereitend.

Die Arbeiterkass muß, wenn sie das nicht will, eben lehrkräftig den zweiten Weg beschreiten, gegen die Ratio-nalisierung, gegen den Lohnbruch, für die Tragung der ge-samten Kosten, die durch die Arbeitslosigkeit erwachsen durch Bekräftigung der Bourgeoisie kämpfen.

Vor allem aber muß sie dafür kämpfen, daß sofort ein möglichst großer Teil der Arbeitslosen wieder in die Produktion eingestellkt wird. Das ist möglich, wenn sofort die Arbeitszeit auf sieben und sechs Stunden verkühdet wird, selbstverständlich bei Zahlung des vollen Wochen-löhnes.

Nur wenn diese Forderung durchgesetzt würde, könnten den Arbeitslosen sofort und wirksam geholfen werden. Viele Forderung ist aber zugleich eine Lebensforderung der Ge-samtarbeiterkass.

Ihr erklärt, sie für unmöglich überleben, ihre Ver-gewaltigung für ein Straßengelicht? Warum eruchen wir sie näher.

Fragen wir zunächst, wieviel der Arbeiter heute in den acht Stunden da selbe, was er früher einmal in acht Stunden leistete? Wir nicht zum Nord gekühdet ist, wird uns auslachen und darüber lachen, daß der Arbeiter heute in-folge der Verdrängung der Maschinen, der zwack-müßigeren Arbeitsorganisation, der argen Antriebsmittel heute um ein Vielfaches mehr leistet als früher. Wir wollen hier gar nicht die auch in diesem Zusammenhang wichtige Frage behrden, ob die „Erhöhung“ des Lohnes dieser Mehr-leistung entspricht, sondern nur einige Zahlen und Tatsachen anführen, die beweisen, daß diese Mehrleistung des Arbeiters in sehr vielen Fällen nicht durch technische Erleiderungen der Arbeit, sondern durch härtere Muskel- und Nervenan-spannung zustande kommt.

Lauf eines Unternehmers der Wiener Arbeiterkammer ist die Intensität der Arbeit, ohne Anwendung der Ma-schine: im Vergleich zur Vorleistungsleistung: Bei Glas-schleifern um 33 Prozent beim Zigarettenwickeln um 30 die 33 Prozent, in Großbetrieben, der Schwarzbäckerei um 33 Prozent.

Dem vom Bunde der Industriearbeitslosen herausge-gabenen Buch über die gewerkschaftlichen Rationalisierungsvor-sätze entnehmen wir:

In einem Großbetrieb, in dem Massenprodukte herge-stellt werden und ein Drittel der Beschäftigten Frauen sind, stieg von 1922 bis 1928 durch bloße Intensifizierung die Leistung um 40 bis mehr als 100 Prozent.

In einem Großbetrieb der Lebens- und Genüß-mittelindustrie, in dem man 1926 mit der Rationali-

sierung begann, stieg innerhalb eines Jahres die Leistung auf 15 Prozent und soll auf 60 Prozent hinaufgekühdet werden.

Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen und aus denen sich un schwer erkennen läßt:

Selbst wenn der Arbeiter „nur“ acht Stunden ar-beitet, so entspricht dies einem Jahr-, Zwölf- und sechs- zehnstündigen der Vorleistungszeit, so maßlos ist die Arbeitsbege, Arbeitsanforderung gekühdet.

Da sich gleichzeitig die Ernährung des Arbeiters nicht gebessert, sondern eher ver schlechert hat - zwei Drittel der österreichischen Arbeiter in jenen Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen - da gleichzeitig die hygienischen Einrichtungen in den Betrieben nicht verbessert wurden, sondern immer mehr verfallen, ist die Folge:

Zurchtblare Zunahme der Krankheitsanfängigkeit.

Aus demselben Lebensmittelstrieb in dem die Leistung der Arbeiter, laut Programm noch um 45 Prozent hinauf- gekühdet werden soll, wird berichtet 1925 wurden 181 Er-krankungen im Betrieb festgestellkt, auch durchgeführte Ra-tionalisierungs im Jahre 1927 läßt man bei einem um mehr als 30prozentigen geringeren Arbeiterkass 215 Erkrankungen.

Wie hoch die Unfälle zugenommen haben, läßt sich er-messen aus den vom Gewerbeinspektorat veröffentlichten Zahlen

Das Jahr 1923 als Bemessungsgrundlage genommen, ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl, Frauen, and a blank column. Data rows for 1923, 1924, 1927, 1928.

Dabei ist zu beachten, daß von der Zahlung der Ge-werbeeinbehoren nur ein Viertel der österreichischen ver-sicherungspflichtigen Betriebe erlaubt werden.

Wer soll die Zechen bezahlen?

Die bürat der Zeitchrift „Der österreichische Volks-nachricht“ stellt fest:

„Österreich hat weder die Möglichkeit seinen Arbeits-nordberberber zu entlassen, noch die Hoffnung, daß die gegenwärtig überflüssigen Arbeitskräfte von der Industrie le wieder aufgenommen werden.“

Und wenn es den Arbeitern nun „unmöglich“ ist, ohne Arbeit, das heißt ohne Brot, ohne Nahrung, in tausend Fällen ohne Obdod zu existieren?

Weder die Arbeiter noch die Sozialdemokraten stellen die Frage so. Sie rechnen nur mit den Möglichkeiten des kapitalistischen Profites, die Existenzunmöglichkeit der Arbeiterkass stellen sie nicht in Rechnung.

Der Theoretiker Samnah stellt fest: „Nun muß das ganze Sozialvolk ohne Unterbrechung der Löhne die Zechen bezahlen, am besten und am höchsten freilich, wie das immer so ist, die Arbeiterkass.“ Das ist ilf ebenso falsch wie klammerlich. Den ersten ist bis jetzt die Zustimmung der Unter-nehmer, mochte ein Teil von ihnen auch zugrunde gehen, während einer Wirtschaftskrise immer gegeben.

Die Arbeiterkass aber wird nur dann die Zechen be-zahlen, wenn sie sich wehrer von Führern vom Schlage des Samnahs und Genossen leiter, weiter von der Vorstellung beherben läßt, daß die Existenz des Kapitalis wichtiger ist als die Existenz des Proletariats.

Dann freilich.

Zwölf Jahre Sowjetrußland.

II.

Anmerkung der Redaktion: Infolge des beschränkten Raumes unserer Zeitung können wir die Fortsetzung des in der Nummer 14 begonnenen Artikels leider nur auszugswerte bringen.

Die jetzige Führung hat angefangen vom Jahre 1923 immer Zeit verloren. Die Jahre 1923, 1924 und 1925 vergingen im Kampfe gegen die sogenannte „Überindustrialisierung“, unter welchem Namen man die Forderung der Opposition nach Verkleinerung der industriellen Entwicklung verstand im Kampfe gegen die Planwirtschaft und gegen das Anstellen wirtschaftlicher Perspektiven überhaupt. Die Verkleinerung des Industrialisierungstempos ist empirisch, lohn-weise, mit groben, plötzlichen Zerwürfungen, was die Aus-gaben für den Ausbau außerordentlich erhöhte und die Lage der Arbeiterkass erschwerter. Schon vor sechs Jahren verlangte die Opposition die Ausarbeitung des Fünfjahresplanes. Damals begabne man dieser Forderung mit Wohl, ganz im Geiste eines kleinen Wirt-schaftsbekkers, der vor großen Aufgaben und breiten Ver-sprechungen Angst hat. Wir nannten es Menschwismus in der Ökonomie.

Der Fünfjahresplan verpöndete sich um ganze fünf Jahre. Der erste Entwurf des Fünfjahresplanes war ganz erfüllt

vom Geiste des Anarchismus, der Kleinlichkeit und der wirt-schaftlichen Feigheit. Nur unter der Wirkung der Kritik (Der Opposition! Die Red.), die sich auf lebendige Bedürf-nisse der wirtschaftlichen Entwicklung kühte, wurde der Fünf-jahresplan im Laufe eines Jahres vom Anfang bis zum Ende umgearbeitet. Plötzlich wurden alle Einwendungen gegen die Überindustrialisierung fallen gelassen. Der Apparat, der während einiger Jahre im Geiste des wirtschaftlichen Menschwismus gearbeitet hatte, erhielt den Befehl alles als Kezerei zu betrachten, was noch gekern als Evangelium gegolten hatte und umgekehrt, die Kezereien, die gekern noch gekern „Trozkismus“ hießen in offizielle Zahlen zu verwandeln. Der Apparat die Kom-munisten und Spezialisten war auf diese Aufgabe nicht im geringsten vorbereitet: Sie waren in einem ganz ent-gegengesetzten Geiste erzogen. Die ersten Verluste eines Widerstandes oder kühneren Forderungen einer Erklärung wurden sofort bestraft. Und wie denn anders? Erklärungen zulassen hätte so viel gegeben als zugeben, daß die Führung durch das Aufgeben ihrer theoretischen Voraussetzungen einen geistigen Bankrott erlitten habe. Der Apparat unterwarf sich auch dieses Mal schweigend. Dem Führer der Planwirt-schaftsarbeit wird folgende Formel zugegeschrieben: „Nieder für das hohe Entwicklungstempo zu stehen (d. h. öffentlich) aufzutreten als für das niedrige zu stehen im Gefäng-nis.“

Wenn der neue Plan unter einem Zwange ausgearbeitet wurde, so kann man sich nicht vorstellen, auf welche Wider-stände keine Durchführung bei demselben Apparat stoßen wird, indem neun Zehntel noch weiter rechts stehen als alle offiziellen Rechnen. Der letzte Stängel aber, von dessen Plattform die grundlegenden Ideen des neuen Fünfjahresplans abge-schrieben wurden, wird unterdessen weiter von einer Flut von Repräsentanten und Verteilungen überschüttet. Der Apparat lebt in der Erwartung neuer Wendungen und Änderungen und trauf sich nicht einmal den Mund der Dorf-armut zu Hülle zu rufen. Die Partei wird jedesmal vor die vollendete Tatsache gekühdet. Der Apparat glaubt ihr nicht und fürchtet sie. Unter diesen Bedingungen steht niemand in dem neuen Fünfjahresplan den Ausdruck eines durchdachten und irgendwie gekühdeten linken Kurzes. Niemand, außer einem kleinen Haufen Kapitalisten.

Zusammen mit Lenin traten wir in die Oktoberrevo-lution mit der festen Überzeugung, daß der Umsturz in Rußland keinen selbständigen, endgültigen Charakter haben kann. Wir hielten dafür, daß er das erste Glied der Weltrevolution sei, wobei das Schicksal dieses Gliedes mit dem Schicksal der ganzen Kette entschieden wird. Wir hielten an dieser Auffassung auch jetzt fest.

Die Erfolge des sozialistischen Aufbaues mochten zugleich mit ihren Widersprüchen und die Erfolge würden durch die Widersprüche unbedingt zunichte gemacht werden, wenn die

Bilanzen.

Die Jahre 1926 bis 1928 waren eine Zeit gebesserten Geschäftsganges. Die Unternehmer haben, die wenn auch nicht „glänzende“ so doch im Verhältnis zu den früheren Krisenjahren bessere Konjunktur gut ausgenutzt. Die Bilanzen mögen sie noch so gut wahlstricken! sein verraten, daß es ihnen durchaus nicht schlecht ging.

Wir greifen einige Beispiele heraus, die der oberösterreichische Volkswirt veröffentlichte:

Wiener Bräudchenbau Aktienkonstruktion A.-G.: Die Gesellschaft hat sich in den letzten drei Jahren befriedigend entwickelt. Der Umsatz ist ständig gestiegen im letzten Jahr um rund 40 Prozent. Aus dem Gewinn- und Verlustkonto ergab sich, daß der Hochgewinn um rund 34 Prozent zugenommen hat in den letzten 3 Jahren, darunter um 16 Prozent im letzten Jahr.

Oder Grünbacher Steinplatten A.-G.: Die Gesellschaft, die nur im Jahre 1927 mit dem erheblichen Verlust von 74 Millionen abblühte, ist heuer erlesener in der Lage eine Dividende und zwar von 5 Prozent auszuschütten.

Die **Sirteberger Patronen, Zündhölzchen- und Metallwarenfabrik** verteilt heuer (1929) 12 Prozent 9 Schilling je Aktie, gegen 8 Prozent 6 Schilling im Vorjahr. Der Vergleich der Erfolgsrechnung läßt ersehen, daß sich der Gewinnanteil der Aktionäre seit 1926 verdoppelt hat. Gegen das vorangegangene Jahr ist die Dividende 1927 um ein Drittel, 1928 um die Hälfte heraufgesetzt worden.

Grazer Waggon- und Maschinenfabriks A.-G.: Nach zwei Verlustjahren hat diese Gesellschaft das Jahr 1928 wieder mit einem Gewinn abgeschlossen.

Semperit-Monzern: Das Geschäftsjahr für den Semperitkonzern ein gutes. Der Reingewinn war fast um ein Drittel höher als 1927. Die Dividende liegt von 8-50 Prozent auf 10 Prozent.

Erste Wiener Hotel A.-G.: Der Umsatz hat sich seit 1925 verdoppelt. Der Reingewinn liegt von 161.000 Schilling im Jahr 1927 auf 307.000 Schilling im Jahr 1928.

Wir denken diese Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Unternehmer etwas zynischer haben im Gegensatz zu den Arbeitern.

Billige, aber gefährliche Rezepte.

In Wien besteht bekanntlich ein „Bund für Männerrechte“, dessen Ziel ist, die durch eine auf die Spitze getriebene Frauenemanzipation in ihrer Existenz gefährdeten Männer zu schützen. Auf dem Programm des Bundes steht neben dem Kampf gegen die Altmenschenpflicht der Väter, gegen den Arbeiterinnenhass, auch die Forderung nach Anstellung der Frauen aus den Männerberufen, ja nach der völligen Beilegung der Frauenarbeit überhaupt. Wir glauben nicht, daß Arbeiter dem Bund angehören. Aber sicher ist, daß es viele Arbeiter gibt, die gegen den letzten Programmpunkt nicht viel einzumenden haben. Heute weniger denn je. Denn, möchte man sich in den sogenannten normalen Zeiten noch für die Gleichberechtigung der Frau begeistern, heute, wo es hart auf hart geht, „Du oder ich“, da hört auch nach der Ansicht dieser Arbeiter die Gemütslichkeit in Fragen der Frauenarbeit auf. Da erscheint es leichter, einfacher, nützlicher, die Lösung aufzustellen: „Sinnlos ist den Frauen aus den Betrieben“, Kammerbin, die Anstellungslosigkeit dieser Vokung in dieser „rabulischen“ Form ist heute auch den meisten Arbeitern klar, daß es überflüssig ist, dagegen lange zu polemisieren. Viel gefährlicher ist es indes, wenn sich diese selbst bedrängte-egoistische Männerforderung verdeckt hinter moralischen, ja proletarischen Argumenten. Eine solche moralische Verkleidung ist der Ruf nach Entlassung der sogenannten

„Doppelverfolger“, der verheirateten Frauen. Diese Forderung taucht in jedem Lande bei einem bestimmten Höhepunkt der Wirtschaftslage auf. In erster Linie wird sie beispielgebend vom Staat befolgt, der aus leichtverständlichen Gründen interessiert ist, den Beamtenabbau möglichst „milde“ zu gestalten, d. h. zuerst die wehrlossten Elemente, von denen er am wenigsten „Abteilung“ zu befürchten hat, auf die Strafe zu werfen. Aber: „In einer Zeit, in der so viele Familienväter auf dem Pfahle liegen, darf es doch nicht sein, daß in einer Familie Mann und Frau verdrängen.“ Dieser vielbeliebte Einwand klingt so gerecht, so vernünftig, ja so revolutionär, und ist doch so ungerecht, so unvernünftig, ja so grundreaktionär.

Ungerechtheit ist der Abbau der verheirateten Frauen deshalb, weil in sehr vielen Fällen auch diese Frauen für Angehörige zu sorgen haben, ganz abgesehen davon, daß der Mann, der sie angeblich ernährt, morgen arbeitslos werden, sich scheiden lassen, sterben kann usw.

Unvernünftig ist es deshalb, den Abbau der verheirateten Frauen zu verlangen, weil in den seltensten Fällen dem Familienvater wirklich durch die Entlassung der Frau der Arbeitsplatz gesichert wird, weil sehr oft die Frauen in der Heimarbeit einen Unterschlupf finden werden und so den Betriebsarbeitern eine wohl gefährlichere Konkurrenz machen werden, als wenn sie im Betriebe geblieben wären.

Reaktionär ist aber die Kampagne gegen die Doppelverfolger deshalb, weil durch den Verlust, eine kleine Ungerechtigkeit zu kurieren, der Kampf gegen die Wurzel aller gegenwärtigen Ungerechtigkeiten, gegen das kapitalistische System, erschwert wird. In dem als erklebenswertes Ziel eine gleiche Verteilung des Glanzes hingestellt wird, werden die Arbeiter abgelenkt von dem Kampf für die Beilegung des Glanzes selbst. Mehr noch:

Indem die Arbeiter miteinander um die Behauptung des Arbeitsplatzes hadern, werden die Mächte, die an der Erhaltung der gegenwärtigen Zustände interessiert sind, gestärkt.

Es besteht die Gefahr, daß die von ihren Arbeitsgenossen und Arbeitsgenossinnen aus dem Betrieb gejagten Arbeiter und Frauen der Reaktion in die Arme getrieben werden.

„Die Doppelverfolger“ sollen also ruhig im Betrieb bleiben, während Millionen arbeitslos sind? „Doppelverfolger! Es ist schwer eine Bezeichnung denkbar, die den Unternehmern einen billigeren Vordruck liefern könnte, so wie dessen bedürfen, um die Arbeiter auf ein noch tieferes, als das gegenwärtige Lebensniveau herabzudrücken. Viel treffender, und viel lahmender wäre es, alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die eine Familie zu erhalten haben, als „Halbverfolger“ zu bezeichnen. Denn wie lebt es in Wirklichkeit? Der Lohn, den ein Arbeiter heute erhält, entspricht in den seltensten Fällen den gewohnheitsgemäßen Lebensbedürfnissen einer Arbeiterfamilie. Das ist nicht etwa, weil der modernen Nationalisierung hin. Das war eine Wirkung der Einführung der Maschine und der Frauenarbeit von Anfang an. Denn, wenn Marx in seiner prächtigen Schilderung der Wirkung der Einführung der Maschinerie sagt:

„Der Wert der Arbeitskraft war bestimmt nicht durch die zu ihrer Erhaltung notwendige Arbeitszeit, sondern durch die zu Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Markt wirft, verleiht sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über keine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft. . . . Hier müssen nun nicht nur Arbeit, sondern Mehrarbeit liefern, damit eine Familie lebe.“

Wenn auch durch den gewerkschaftlichen Kampf diese ersten Wirkungen der Maschinerie seither etwas gemildert worden sind, so bleibt doch Tatsache, daß die Arbeiter, wenn sie heute die Lohnarbeit von Mann und Frau in einer Familie als „Doppelverfolgung“, also als überflüssig, als Luxus erklären, eine gänzlich ungerechtfertigte und höchst gefährliche Bescheidenheit an den Tag legen.

Was uns Arbeiter schreiben!

„Mit Bibel und mit Federhut.“ Heimwehr-Frauenversammlung! Im Eingang, „Saal“, bewehrte Mannen des „Heimoldhutes“, im Podium behäbige Damen mit kokett aufgestülpten Sabotenfederbüchsen.

Das Publikum: Im allgemeinen so wie in einer christlichen Frauenversammlung, etliche „gnädige Frauen“, sehr viele mit Arbeits Händen und versorgten, verbilligten Gesichtern.

Der Redner ein Dr. So und So, gut ausgezogen, glattes Gesicht, leise klappendes Bäuchlein. Er beginnt mit Schiller: „Und drinnen waltet die lüchtige Hausfrau“ und schließt mit den „Weihnachtsglocken“. Dazwischen Klagen über die „verrobbte rote Jugend“, die nicht mehr „errösend ihren Spuren folgt, sondern wieder singt, wieder“ hier wird die schmelzende Stimme düfler „die ich Ihnen meine Damen gar nicht nennen kann, da ich deutscher Mann, Ställen wo solche wieder gelangen werden nicht begräße“.

Gewaltiger Beifallssturm bei den weiblichen Besuchern. Oberhaupt Beifallsstürme nach jedem schletem Wort; der Schillerischen Poesie wie den profanischen Drohungen mit dem „Aufhängen“ der „Nuten“.

Auch Nahrung, Tränen, besonders dann, wenn der deutsche Mann von der „Zerlösung der Familie“, durch die Sozialdemokratie, (wer kennt hat sie denn zerlöst!) spricht oder von dem „in den Kot gegerieten Glauben der Väter“ und ähnlichem beweisliche Rede führt.

Lebenswürdig lächelnd kammele eine federengelächelte, im übrigen streng nach den Regeln des Pappfies gekleidete Dame zum Schluss der Versammlung zahlreiche, ausgefüllte Beitritts-erklärungen ein.

Anmerkung der Redaktion: Die Heimwehr-Frauenversammlung in denen die ältesten Vordenker der „Christlichen“ modernisiert durch knalligen falschlichen Aupuh vorgeführt werden, mögen hochhaft wichtig Die Sache selbst ist für die hilflosen Arbeiterfamilie, loterisch. Die Heimwehr arbeitet, heimlich, heimlich, heimlich, heimlich der proletarischen Frauen geschickt auszunutzen. Ihr zah daran, daß und Jort der Proletarierfrauen in Wohnen zu lenken, die für die Bourgeoisie ungelänglich sind, die Frauen für die Zwecke der Reaktion zu gewinnen.

Und sie hat Erfolg dabei. In Donauviertel liegt die Zahl die in der Frauenhilfsgruppe der Heimwehr organisierten Frauen im letzten Jahr von 493 auf 1257 (die Zahl der Männer von 800 auf 2245). In Steiermark zählt die im letzten Jahr gegründete Frauenhilfsgruppe bereits 320 Frauen. Zahllos sind die proletarischen Feiertage der „Heimwehr“. Summe! die Frauenversammlungen der Heimwehr in Wien und in der Provinz.

Wer glaubt in diesem „Reigen um die Seele der Frau“ die falschliche Konkurrenz schlagen zu können mit Kochrezepten und sentimentalischen Geschwätzchen wie sie „die Angeriedene“ und „das silberne Blatt“ bringen, der irrt gewaltig, hier hilft nur eines: Habituelle Klassenpolitik, „Reaktionäre“ Erziehung, Tausende von Frauen die enttäuscht, verärrert heute bei der Heimwehr einen Ausweg suchen, wären für den Klassenkampf nicht verloren, wenn die Sozialdemokraten nicht aufgehört hätten, den Klassenkampf zu führen.

Ausbeutung im Betrieb.
Vor 50 Jahren haben die Arbeiter noch 12 bis 14 Stunden gearbeitet. Um wieviel sind wir heute besser daran. Scheint es! Wer in einem Großbetrieb arbeitet weiß aber, daß aus dem Arbeiter durch eine bis ans äußerste gelegerte Arbeitsintensität schließlich ebensolche an Leistung herausgepreßt wird, als vom Arbeiter der frühkapitalistischen Zeit. Eine alle Lösung der Arbeiter war: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf. Wo bleiben uns 8 Stunden für Ruhe? Durch die intensive Ausbeutung kommt man todmüde heim und statt der Ruhe, muß man klumpfe Raß halten, um sich zu erholen. Im Zeitalter der Rationalisierung müssen wir eine Verhärzung des Achtsundentages anstreben, auffallend, daß sich die Gewerkschaftsführer darüber schweigen.

Schreibt nur . . . !

Ein Leser des Mahnruf macht uns den Vorwurf: „Schreibt nur, kämpft aber nicht für uns.“ Darauf antworten wir: Die Wege, die wir den Arbeitern weisen, werden zur Vernichtung der offenen und verdeckten Freunde der Arbeiterklasse führen. Sie müssen aber - von der Masse selbst beschritten werden. Daß die Arbeiter heute talentlos die Hände in den Schoß legen, auf „Führer“ blicken, die für sie „kämpfen“ werden, das ist das Gift, das die Sozialdemokratie ausgefrenkt hat, die Einschüchterung der Massen zur Passivität. Was lehrt uns Marx? Die Arbeiter müssen selbst ihren Kampf um die Befreiung führen. Die Internationale ruft: „Es rettet Euch kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribunal, Auch aus dem Elend zu erlösen, kämmt Ihr nur selber tun!“ In diesem Sinne wird der Mahnruf weiter aufgestellt bis die Massen sich selbst wieder erheben.

Sowjetrepublik in ihrem weiteren Vellehen nicht durch die Erfolge der Weltrevolution unterstützt würde.

Die Ausschüsse aus der Partei und die graulamen Verfolgungen des revolutionären Flügel in Sowjetrußland sind ein deutlicher Ausdruck der Widersprüche der isolierten proletarischen Revolution in einem zurückgebliebenen Lande.

Wir verbringen das 13. Jahr in Verbannung, in Gefängnissen, aber wir haben keinen Grund zum Pessimismus.

Das Prinzip der proletarischen Diktatur hat in der Geschichte festen Boden gefaßt. Es zeigte die ungeheure Macht der jungen revolutionären Klasse, die von der Partei geleitet wird, die weiß, was sie will und es verfehlt, ihren Willen mit dem Gang der objektiven Entwicklung zu verbinden.

Diese 12 Jahre haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse sogar in einem zurückgebliebenen Lande es vermochte, nicht nur ohne die Bankiers, Großgrundbesitzer und Kapitalisten auszuweichen, sondern auch imstande war, der Industrie eine viel raschere Entwicklung als unter der Herrschaft der Ausbeuter zu sichern.

Diese 12 Jahre haben gezeigt, daß die zentralisierte Planwirtschaft einen unermeßlichen Vorteil gegenüber der kapitalistischen Anarchie hat, wenn sie auch durch mächtige Kräfte vertreten ist, die miteinander konkurrieren.

Auch diese Eroberungen, alle diese Beispiele, alle diese Lehren sind unerschütterlich. Sie sind auf immer in das Be-

wußsein und in die Praxis der internationalen Arbeiterklasse eingedrungen.

Wir bereuen nichts und sagen uns von nichts los. Wir leben von den Ideen und von den Stimmungen, die uns in den Oktobertagen 1917 bewegt haben. Inmitten zeitweiliger Schwierigkeiten blicken wir in die Zukunft. Wie verzweigt ein Fluß auch sein mag, er fließt in den Ozean.

Konstantinopel, 17. Okt. 1929.

V. Trotski.

Leset und verbreitet!

„Der neue Mahnruf“

erscheint

jeden zweiten Freitag!

Preis 15 Groschen.

